

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Vratislava 18. • Telefon: 26705, 31400. • (Nachredaktion): 26797 • Postfach: 57544

12. Jahrgang.

Samstag, 30. Jänner 1932

Nr. 26.

Verletzung des Völkerbundespaktes.

China erhebt Anklage vor dem Rat.

Genf, 29. Jänner. Chinas Vertreter erklärte auf Grund neuer Weisungen seiner Regierung in einem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, der zwischen China und Japan ausgebrochene Streit sei jetzt auf dem Punkt angelangt, wo er einen sofortigen Bruch zwischen China und Japan herbeiführen könnte. China beantragte in Ergänzung des Verfahrens nach Artikel 11 die Anwendung der Artikel 15 und 16 des Paktes.

Am Artikel 15 werden die Formalitäten behandelt, wie der Konflikt zwischen Mitgliedern des Völkerbundes vom Rat, eventuell vom Völkerbunde gelöst werden soll. Nach diesem Artikel ist es aber notwendig, daß das betreffende Referat des Rates von den Ratsmitgliedern, mit Ausnahme der Vertreter der beiden Streitparteien, einmütig angenommen werde. In diesem Falle verpflichten sich die Mitglieder, gegen keine Streitpartei, die sich dem Beschluß des Rates unterworfen hat, die Waffen zu ergreifen. Wenn es nicht gelingt, eine einmütige Ratentscheidung zu erzielen, behalten sich die Völkerbundsmitglieder das Recht vor, so zu handeln, wie sie es für die Wahrung des Rechtes und der Gerechtigkeit für notwendig erachten.

Am Artikel 16 werden die strengen Maßnahmen behandelt, die sämtliche Völkerbundsmitglieder zu ergreifen haben, wenn ein Mitglied den Artikel 15 und die vorangehenden Artikel nicht beachtet. Es wird dann einer Behandlung unterzogen, als ob es sich einer kriegerischen Tat gegenüber den übrigen Völkerbundsmitgliedern hätte zu schulden kommen lassen. Die gegnerischen sind, wirtschaftliche und militärische Maßnahmen zu treffen, um gemeinsam dem Rechte und den im Völkerbundsakte enthaltenen Verpflichtungen Geltung zu verschaffen.

In der Nachmittagsitzung des Rates konstatierte der chinesische Delegierte mit Bedauern die Wirkungslosigkeit der bisherigen Anstrengungen des Völkerbundes. Er betonte, daß die territoriale Gesamtheit seines Landes von den Japanern verletzt wurde und auch die politische Unabhängigkeit des Landes bedroht ist. Der Rat habe die Pflicht zu handeln, denn

Japan habe einen bewaffneten Angriff durchgeführt, ohne vorher den Konflikt dem Schiedsverfahren zu unterordnen, und somit den Völkerbundsakt verletzt.

Darauf brachte der Delegierte ein umfangreiches Telegramm zur Verlesung, das detailliert die Ereignisse in Schanghai schildert.

Der japanische Vertreter bestritt, daß die japanischen Abteilungen ohne Grund zum Angriff übergegangen wären. Das, was seine Regierung bisher unternommen habe, entspringe dem Triebe der Notwehr. Der japanische Delegierte könne nicht begreifen, daß es sich in diesem Falle um einen Streit handle, der zu einem offenen Bruch führen könnte, wie er im Art. 15 angeführt ist. Er empfiehlt daher, der Rat möge darüber entscheiden, ob die Behandlung der Frage auf Grund des Artikels 15 empfehlenswert erscheint oder ob es nicht besser wäre, das bisherige Verfahren auf Grund des Artikels 11 fortzusetzen.

Generalsekretär Drummond erklärte, daß beide Parteien auf Grund des Artikels 15 eine vollständige Darstellung der Situation mit detaillierten Dokumenten vorlegen sollen. Der Generalsekretär wird eine Untersuchung vornehmen, aber den Gesamtbericht wird der Rat erstatten. Der Generalsekretär verlangte eine Frist bis morgen, um eventuelle Vorschläge vorbringen zu können.

Ratspräsident Paul Boncour appellierte an die beiden beteiligten Parteien, sofort Telegramme an ihre Regierungen zu senden, worin sie diese an die Pflichten erinnern sollen, daß sie vorläufig keine neuen Schritte unternehmen, welche weitere, allen unersehene Verluste zufügen könnten.

Amerikanische Zerstörer nach Schanghai

Washington, 28. Jänner. (Reuter.) Vier amerikanische Zerstörer in Manila haben Befehl erhalten, sofort nach Schanghai in See zu gehen. Die Weisung ist veranlaßt durch das Ersuchen des Befehlshabers der amerikanischen Aufwachtsschiffe auf dem Jangtse. Die Zerstörer können im Notfall Schanghai in 35 Stunden erreichen. Kommandant Taylor in Manila hat streng vertrauliche Instruktionen erhalten.

Kriegsgruel ohne Kriegserklärung:

Nächtliches Bombardement Schanghai.

Japaner besetzen nach erbitterten Kämpfen die Stadt.

Schanghai, 29. Jänner. Die Japaner haben nach vierstündigem erbittertem Kampf, unterstützt durch das Feuer ihrer Kriegsschiffe und durch Fliegerbomben, die Chinesenstadt von Schanghai besetzt. Den Vorwand zu dieser offenen Kriegshandlung suchten die Japaner durch ein Ultimatum an die chinesischen Behörden zu erreichen; als der chinesische Bürgermeister dieses Ultimatum schließlich bedingungslos annahm, verlangte der japanische Kommandant nicht nur, daß sich die chinesischen Truppen hinter die Stadt zurückziehen, sondern, daß sie auch selbst die in der Stadt errichteten Barrikaden niederreißen. Als dies der chinesische General ablehnte, setzte sofort der seit langem vorbereitete nächtliche Angriff der Japaner ein, der unerwartet auf heftigen Widerstand der Chinesen stieß. In der in Brand geschossenen Stadt spielten sich erbitterte Kämpfe ab; namentlich der Bahnhof von Schapei wurde von den Chinesen auf das nachdrücklichste verteidigt, und erst nach siebenstündigem Kampf erlahmte gegen Morgen der Widerstand der Chinesen.

* * *

Die japanischen Marineschiffe begannen gegen Mitternacht nach einem scharfen Bombardement der Festungen durch schwere Kaliber der japanischen Kriegsschiffe konzentrisch in die Chinesenstadt einzudringen. In den Gassen der Eingeborenenstadt entwickelte sich auf allen Seiten ein Kampf von Haus zu Haus, der im Lichte der brennenden und einjürgenden Häuser vor sich ging. Die japanischen Luftstreitkräfte arbeiteten Hand in Hand mit dem vordrängenden Heer, und die Chinesen wurden, eine Gruppe nach der anderen, an allen Stellen jermalm, mit Ausnahme der Bahnhofstation im Norden der Stadt, die sich überaus heldenmütig hielt und den immer wieder neu einziehenden Angriffen der japanischen Marineschiffe Widerstand entgegensetzte. Erst gegen Morgengrauen schwächte sich das chinesische Maschinengewehrfeuer ab, und die japanischen Matrosen gingen zum letzten Angriff vor. Japanische Armeeflugzeuge, die sodann hierher dirigiert wurden, setzten durch Bomben die Bahnhofstation in Brand, doch hielt sich trotz der Flammen, die die Station von allen Seiten erfassten, der Rest des chinesischen Heeres heldenmütig und schlug den tief einziehenden Angriff der Japaner zurück. Schließlich ergab sich gegen 6 Uhr morgens das Häuflein der entrüsteten Verteidiger, und die Besetzung der Eingeborenenstadt war beendet. Noch hie und da war noch ein Gewehrknall zu hören, den einige Chinesen gegen japanische Soldaten aus der Deckung abgaben. Diese Schüsse wurden jedoch alsbald zum Schweigen gebracht.

Der Brennpunkt der Kämpfe lag unweit der Nordgrenze der Internationalen Konzession, wo einige Abteilungen der internationalen Truppen bereitstanden, die für den Gebräuchsfall zum Eingreifen bereit waren. Die Chinesen setzten einen weit hartnäckigeren Widerstand entgegen, als ihn die Japaner erwartet hatten, und die Kommandanten der 21 japanischen Kriegsschiffe, die in der Mündung des Flusses Whanpu vor Anker lagen, wurden jeden Augenblick ersucht, Verstärkungen zum Schlachtfeld zu entsenden. Die Stärke des chinesischen Heeres wird auf etwa rund 25.000 Mann abgeschätzt, während die Stärke des Kerns der japanischen angreifenden Truppen bloß 5000 Mann betrug. Die Japaner waren jedoch weit besser ausgerüstet und wurden auch tatkräftig durch Flugzeuge sowie auch durch das Bombardement der japanischen Kriegsschiffe unterstützt.

Japanischer Vormarsch gegen Charbin.

Rußland verweigert Bahnbenuzung für Truppentransporte.

Tokio, 29. Jänner. (Reuter.) Die Sowjetbehörden haben auf Weisung aus Moskau hin kategorisch abgelehnt, die Erlaubnis zur Beförderung von japanischen Truppen auf der chinesischen Ostbahn zu geben.

Die japanische Regierung beabsichtigt, die Sowjetregierung für alle weiteren Schäden an Leib und Leben japanischer Bürger in Charbin verantwortlich zu machen, die entstehen könnten, weil Rußland die Benutzung der ostchinesischen Eisenbahn zu Truppentransporten verweigert. Die Truppen werden jetzt auf dem Luftwege befördert.

Nach den letzten Meldungen aus dem Hauptquartier wurde die zweite japanische Division von Liaojang nach Tschangschun beordert. Allem Anschein nach handelt es sich um Vorbereitungen zum Ausbruch nach Charbin, falls dieser sich als nicht erweisen sollte.

Aus Charbin wird gemeldet, daß die Truppen des chinesischen Generals Tsinshan, die Charbin gegen den Angriff der bewaffneten Streitkräfte der Provinz Kirin, der Verbündeten der Japaner, verteidigte, Donnerstag nachts gezwungen waren, sich nach einem zweitägigen

Der Kampf um den Notfonds.

Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosen nähert sich der halben Million. Das bedeutet, daß die tatsächliche Ziffer 500.000 bei weitem übersteigt. Viele Zehntausende dieser Arbeitslosen sind nun schon seit zwei Jahren ohne Erwerb. Davon sie leben, wäre schwer zu sagen. Nur die gewerkschaftlich organisierten erhalten durch eine bestimmte Zeit einen Betrag, von dem sie leben können. Alles andere, staatliche und kommunale Hilfsaktionen, private Spenden, die solidarische Hilfe, die ein Hungernder dem andern angedeihen läßt, reicht nicht aus, die Menschen wirklich über Wasser zu halten. Dabei ist ein Ende der Krise nicht abzusehen und Tatsache bleibt nur die grenzenlose Not, von der ein Fünftel der Bevölkerung unmittelbar betroffen ist. Die Vorräte sind aufgebraucht, es gibt keinen Vorrat mehr, keine Reserven an Kartoffeln, Mehl, an den Dingen, die man im proletarischen Haushalt noch „Wertgegenstände“ nennen könnte, weil sie sich in ein paar Kreuzer auf Brot und Margarine umsetzen lassen. Hunderttausende stehen vor dem Nichts.

Die Bourgeoisie ist weit entfernt davon, Sorge, Verantwortung, Pflichten gegenüber den Opfern des kapitalistischen Wirtschaftssystems, der kapitalistischen Wirtschaftsführung, zu empfinden. Seit Wochen heizt die agrarische Presse, unterstützt von den Gewerbetreibenden und der nationalistischen Revolverpresse — nicht vielleicht gegen eine ausreichende Versorgung der Arbeitslosen, nein, gegen die bescheidene Hilfe, die ihnen bisher in den Lebensmittelläden geboten wird.

Der Minister für soziale Fürsorge hat vom ersten Augenblick seiner Amtsführung an seine wichtigste, seine vornehmste Aufgabe in der Rettung der Krisenopfer vor dem Untergang, der Rettung der proletarischen Massen vor der auch politisch so gefährlichen Deklassierung gesehen. Die Novelle zum Genter System, die Lebensmittel, die Milch, die Weihnachtsaktion, die staatliche Hilfe für die erschöpften Fonds der Gewerkschaften, sind nur die bedeutendsten Stappen im Kampf gegen die Not. Aber der Fürsorgeminister hat auch seit langem die Unzulänglichkeit dieser Maßnahmen erkannt. Die sozialdemokratischen Parteien und die freien Gewerkschaften haben die geschliche Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung gefordert. Das Ministerium hat nun eine weitere Not-Vorlage der interministeriellen Verhandlung zugeführt. Um diese Vorlage, in welcher wir Sozialdemokraten selbst nur eine Etappe auf dem Wege zur Arbeitslosen-Versicherung sehen, entbrennt, ehe sie noch als Druck dem Parlament vorgelegt wird, auf der ganzen Front des Klassenkampfes ein erbittertes Ringen.

Die Arbeitslosenfürsorge nach dem Genter System wird zum Teil aus den Mitteln der Gewerkschaften, also der Arbeiter selbst, zum andern Teil aus staatlichen Geldern bestritten. Jeder weiß, daß auch an den Geldern, die der Staat einnimmt und ausgeben kann, die arbeitenden Massen als Hauptzahlungsfaktor beteiligt sind. Nur ein kleiner Teil des Budgets wird ja durch Besitzsteuern gedeckt. Nun hätten die Arbeiter durch das Genter System freilich die Möglichkeit gehabt, den Staat zu gewaltigen Ausgaben für die Arbeitslosen (und damit wahrscheinlich zu einer Reform der Gesetzgebung) zu zwingen. Wenn die Arbeiter Klassenbewußt und reif genug wären, hätten sie durch Massenbeitritt zu den Gewerkschaften dem Genter System erst seinen Sinn gegeben. Da die Masse der indifferenten Arbeiter in diesem Punkte verlagert, wird, das Genter System zu einer Belastung der Gewerkschaften, aber nicht zu einer ausreichenden Krisenfürsorge.

Ungeheure Opfer.

Augenzeugen sind der Ansicht, daß die Zahl der Opfer ungeheuer sein müsse, da 200.000 Einwohner dieser chinesischen Stadt vollkommen wehrlos von Flugzeugen durch Fliegerbomben bombardiert wurden. Die Bewohner können nicht in der ausländischen Konzession Zuflucht nehmen, da deren Tore geschlossen sind.

Kurz nach 4 Uhr brach in der Chinesenstadt Schapei Feuer aus. Die Flammen griffen schnell um sich. Von den Dächern der internationalen Niederlassung aus konnte deutlich beobachtet werden, wie ein Haus nach dem anderen in Flammen aufging, während die Luft von dem Anstern des Gewehr- und Maschinengewehrfeuers und dem dumpfen Krachen der fallenden Bomben und dem Summen der Flugzeugmotoren erfüllt war.

Eine der von japanischen Fliegern abgeworfenen Bombe sei in eine Straße der ausländischen Konzession. Sie richtete beträchtlichen Schaden an; verletzt wurde jedoch niemand.

Bei der Beschädigung der nördlichen Eisenbahnstation fiel eine Bombe in die französische Konzession, wobei fünf Personen getötet wurden.

Waffenstillstand.

Der britische und amerikanische Generalkonsul in Schanghai verhandelten heute mit den chinesischen und japanischen Militärbehörden und bewerkstelligten, daß der Kampf um 8 Uhr abends stillgestellt werde. Die letzten eingelangten Nachrichten besagen, daß der Waffenstillstand tatsächlich eingehalten wird und daß in den frühen Morgenstunden des Samstag (Ortszeit) die Situation im allgemeinen ruhig war.

Auch Nanking kommt an die Reihe?

Nanking, 29. Jänner. Vor der Stadt sind drei große japanische Kreuzer erschienen und haben Anker geworfen. Sie sollen jederzeit bereit sein, eine Aktion gegen den Sitz der chinesischen Nationalregierung zu eröffnen. Sämtliche japanischen Bewohner Nankings wurden bereits evakuiert. Der Generalkonsul hat sich mit dem Personal des Konsulates an Bord eines japanischen Kreuzers begeben.

Der Notfonds, den die Sozialisten und die Gewerkschaften fordern, soll aus den Beiträgen der Unternehmer gespeist werden. Die Vorlage des Fürsorgeministeriums trägt dieser berechtigten Forderung Rechnung. Sie will den Notfonds aus Zuschlägen zu den Sozialversicherungsbeiträgen der Unternehmer (ein anderer Weg wäre Zuschlag zur Erwerbsteuer) in einer Gesamthöhe von 300 bis 400 Millionen schaffen. Der Staat soll 100 Millionen leihweise für die Gründung des Fonds beistellen. Die Ausgaben des Staates für die besondere Krisenfürsorge würden dann entfallen, das Budget entlastet werden, die ausgesetzten Arbeitslosen erhielten eine generelle, nur nach sozialen Gesichtspunkten (ledig, verheiratet) gestufte Unterstützung. Diese Unterstützung kann, wie jeder sich an den Fingern abzählen kann, wiederum nur ein bescheidener Unterstützungsbeitrag sein, aber sie würde immerhin den Hunderttausenden, die heute einfach subsistenzlos sind, einen minimalen Unterhaltbeitrag gewähren, die Kaufkraft des inneren Marktes festigen, die Wirtschaft, vor allem die Landwirtschaft befruchten. Die wohlverordneten Rechte der organisierten Arbeiter sollen und müssen natürlich gewahrt werden.

Gegen diese Vorlage, die an sich ja keine sozialistischen Idealforderungen aufstellt, sondern auf die Verteilung der Massenkraft in der Koalition Rücksicht nimmt, laufen die Agrarier und die Nationaldemokraten Sturm; diese als die Interessenvertreter der Unternehmer, die auch weiterhin die ganze Last der Krise auf die Schultern der Arbeiter abwälzen möchten, jene keineswegs in Wahrung begrifflicher Bauerninteressen, sondern teils aus Gründen einer bornierten Justizpolitik, teils in Vertretung der Klasseninteressen jener Kapitalisten, die längst die Agrarpartei zu ihrem Werkzeug gemacht haben. Der Kampf um den Notfonds zeigt wiederum, daß die Koalitionspolitik alles andere als Burgfrieden und Aufgabe des Klassenkampfes ist. Die wichtigste Forderung, die wir im Klassenkampf durchzusetzen haben, die Rettung der Krisenopfer vor dem materiellen und moralischen Untergang, wird von den sozialistischen Parteien auf dem Boden der Koalition erkämpft werden müssen. Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes ist die Geschlossenheit der Klassenbewußten Arbeiter und ihre Teilnahme an dem Kampf, den unsere Genossen im Parlament austragen.

Die Besitzklasse mobilisiert mit allerhand scheinheiligen und verlogenen Argumenten schon jetzt die öffentliche Meinung gegen den Notfonds. Die Presse der bürgerlichen Parteien und die der großen Verleger tritt die bürgerlichen Einwände gegen die „Belastung der Wirtschaft“ mit Vehemenz breit und erörtert die Notwendigkeit neuer „Sparsaßnahmen“ — als da sind Gehalt- und Lohnkürzungen, die nur zur Verschärfung der Krise führen können. Laut und unerschämte wird die Forderung nach Besteuerung der niedrigsten Arbeitseinkommen erhoben, um an ihnen den Notfonds einzusparen.

Kommunisten und Dakenkreuzler werden wie immer so auch diesmal der Bourgeoisie beispringen, indem sie ihrerseits gegen den Notfonds hetzen werden. Die Arbeiterklasse möge sich in diesen Tagen bewußt bleiben, daß es um folgen-

Vor einem neuen Kinogesetz.

Die bisherigen gesetzlichen Vorschriften für das Kinowesen haben auf einer Ministerialverordnung vom 18. September 1912. Nach dieser Verordnung wurde die Berechtigung zu Filmvorführungen auf dem Lizenzwege vergeben. Die Lizenz wurde von der Landesbehörde an vertrauenswürdige Personen, aber auch an Korporationen auf ein bis zwei Jahre erteilt, besondere Bevorzugung bei Zuerteilung von Lizenzen genossen die Gemeinden und Vereine, so daß wir unter einigen hundert deutschen Kinos rund 150 Korporationskino haben.

Kunmehr hat das Innenministerium einen Gesetzentwurf angearbeitet, der in der kommenden Frühjahrssession des Parlaments den Volksvertretern zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Ein jahrelanger Kampf der privaten Kinobesitzer um Sicherung und Verbesserung ihrer Existenz geht diesem Gesetzentwurf voraus. Die Kinobesitzer verlangen, daß ihre Betriebe wie jedes andere Gewerbe behandelt und der Gewerbeordnung unterstellt werden. Das ist durch den Gesetzentwurf mit gewissen Einschränkungen geschehen. Die befristete Lizenz wird abgeschafft und wer über eine feste Betriebsstätte verfügt und einigen weiteren Bedingungen Genüge tut, erhält über Ansuchen der Landesbehörde die KinokonzeSSION.

Es ist richtig, daß die Berechtigung zu Filmvorführungen durch eine Lizenz für den Kinobesitzer eine sehr zweifelhafte und unsichere Befugnis war. Die Lizenz mußte nach Ablauf der bewilligten Frist nicht verlängert werden und der Kinobesitzer lief Gefahr, sein investiertes Kapital an Liegenenschaften und Apparaturen brockgelegt zu sehen. Die Inventionen sind nun in der Zeit des Tonfilms bekanntermassen außerordentlich gestiegen, so daß der Kampf der Kinobesitzer gegen die veraltete Ministerialverordnung und gegen das gesamte Lizenzwesen begründet und berechtigt erscheint.

Es liegt aber doch andererseits der Berechtigungsverteilung in Filmvorführungen auf dem Lizenzwege ein anerkannter Gedanke zu Grunde. Der Film ist durch seine suggestive Einwirkungsfähigkeit auf breite Schichten der Bevölkerung ein Bildungs- und leider auch ein Verbildungsfaktor, an dem verantwortungsbewusste Stellen in Gesellschaft und Staat nicht achtlos vorübergehen können. Der Film ist eben nicht eine Ware wie jede beliebige andere und der Staat hat im Interesse der Allgemeinheit weisliche Anrechte, gerade das Kinogewerbe in seiner Auswirkung auf Geist und Gemüt weiter Bevölkerungskreise zu kontrollieren.

Der Gesetzentwurf des Innenministeriums versucht, den Kinobesitzern entgegenzukommen und Angelegenheiten privatrechtlicher Natur für das breite Volkswesen interessierende Kinowesen zu machen. Wir aber müssen von dieser Stelle aus ein für allemal feststellen, daß wir grundsätzlich an einer Vergesellschaftung des gesamten Film- und Kinogewerbes — von der Erzeugung des Films bis zu seiner Vorführung im Kino — interessiert sind.

Wenn wir diese vom Parteistandpunkte aus

schwere Entscheidungen geht und daß wir nur dann einen Erfolg heimbringen werden, wenn die Proletarier nicht weniger energisch, einmütig und konsequent als die Bourgeoisie die Interessen ihrer Klasse und deren Vertreter unterstützen!

selbstverständliche Forderung im Augenblicke zurückerstellen, so haben wir doch als Volksbildner der breitesten Bevölkerungsschichten eine Reihe von Wünschen an ein neues, auf dem Kompromißwege zustande kommendes Kinogesetz.

Nach § 1 des neuen Gesetzentwurfes sind alle öffentlichen Kinovorstellungen den Bestimmungen des neuen Gesetzes unterworfen; zu den „öffentlichen Vorstellungen“ gehören, was höchst bedenklich, un begründet und heftig anzusehen ist, auch die Vorstellungen in Vereinen und anderen geschlossenen Gesellschaften. Für die Veranstaltungen der Bildungsorganisationen bleibt aber im Rahmen des Entwurfes Raum, und zwar unter der Einrichtung von sogenannten „Gelegenheitsvorstellungen“ (§ 14), welche von der Bezirksbehörde bewilligt werden. Dieser Paragraph läßt also einen großen Spielraum für die mehr oder weniger willkürliche Auslegung eines bewilligenden Beamten zu. In einer Durchführungsanweisung, besser im Gesetz selbst, müßten klare Bestimmungen über die Erleichterungen zu diesen „Gelegenheitsvorstellungen“ formuliert werden. Diese Erleichterungen werden in erster Linie technischer Natur sein. Wir brauchen eine Typisierung der Vorführungsapparate, wodurch jene Maschinen festgesetzt werden, die infolge geringster Brandgefahr für das Filmband bei Gelegenheitsvorstellungen verwendet werden dürfen. Im Zusammenhang mit diesen Erleichterungen entstehen andere, welche den Projektions- und Vorführerraum betreffen.

Mit § 2, Abs. 3, ist auch ein Wanderkinobetrieb für Ausnahmefälle vorgesehen. Diese Wanderkino sollten für die Bezirksbildungsausschüsse zur Vorführung „kulturreisender“ und künstlerischer Filme referiert werden. Hier erwacht den Bezirksbildungsausschüssen die Pflicht, sich bei den parlamentarischen Verbänden für diese Forderung einzusetzen.

Selbstverständlich haben wir auch bei dem Kapitel Zensur unsere Wünsche. Prinzipiell sind wir gegen jede Zensur, sie ist immer negativ und wirkt hemmend. Vielleicht mag es aber die gegenwärtige schwere geistige Krise verhältnismäßig, wenn man nicht ohne weiteres wünscht, daß der Film mit seiner suggestiven Ueberrumpfungsfähigkeit als Kampfmittel in den Dienst eines hemmungslosen Kulturkampfes gestellt wird und wenn man infolgedessen die Ueberrumpfung weltanschaulicher Gegenläge nicht durch den Film in das öffentliche Schauspielhaus getragen sehen möchte. Sein oder Nichtsein einer Zensur steht also bei unseren Erörterungen nicht in Frage, aber auf eine gründliche Umgestaltung des Zensurwesens wird Bedacht genommen werden müssen. Die Zensur auch weiter in das Ressort des Innenministeriums fallen, der Beirat wird von diesen berufen werden und feststellen, ob durch die Vorführung eines Films nicht der Tatbestand einer strafbaren Handlung begründet oder die Interessen des Staates, die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährdet oder der Anstand und die gute Sitten gefährdet werden könnten. Ob ein Film „kulturreisend“ zu bewerten ist, entscheidet das Ministerium des Innern im Einvernehmen mit

dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur. Wir halten eine Schulbehörde überhaupt für die berufene Zensurstelle. Mindestens die zweite Zensur, sagen wir die „Qualitätszensur“, wo man über die Feststellung eines geschädigten Tatbestandes hinausgeht und die bildnerischen und künstlerischen Werte des Films begutachtet, müßte aber vollständig dem Schulministerium überlassen werden, das zu diesem Zwecke eine Kommission zusammensetzt aus Hochschullehrern, Volksbildnern, Künstlern, Wissenschaftlern, zusammensetzen sollte.

Entschieden zu bekämpfen ist die „Nachzensur“, welche durch den Gesetzentwurf eingeführt wird. In § 21, Abs. 3, heißt es, daß das Bezirksamt die Vorführung eines zugelassenen Films verbieten kann, wenn nach den Verhältnissen die Befürchtung begründet ist, daß durch diese Vorführung die öffentliche Ruhe gefährdet werden könnte. Jeder Vertreter des Bezirksamtes ist sogar berechtigt, eine laufende Vorstellung zu unterbrechen und zu verbieten. „Wenn er denartig grobe Verletzungen und Bestimmungen dieses Gesetzes oder auf Grund dieses erlassenen Vorschriften feststellt“. Durch diesen unhaltbaren Paragraphen wird jede Filmvorführung der Willfür und privaten Meinung eines Beamten unterworfen. Diese im Sinne der Verwaltungsreform von 1927 gedachte Bürokratenwillkür muß aufs schärfste bekämpft werden.

Nach dem Gesetzentwurf des Innenministeriums ist die kinematographische Konzession eine „persönliche Berechtigung“ und in der Regel an eine feste Betriebsstätte gebunden. Durch die „persönliche Berechtigung“ werden aber die Lizenzen, auf welche unsere Gemeindefinanzen spielen, nicht gefährdet, da die Konzession auch an juristische Personen („Gemeindeförperschaften“) erteilt werden kann (§ 5, Abs. 1). In dem Gesetzentwurf ist sogar die Möglichkeit offen gelassen, wonach in zwingenden Fällen die Konzession verpachtet werden kann, was in den Lizenzurkunden auf Grund der Verordnung vom Jahre 1912 streng verboten war, welches Verbot aber fast nie beachtet wurde. Dieser Zustand — wonach es also Kinobesitzer ohne Lizenz oder Konzession und Lizenz- oder Konzessionsinhaber ohne Kino geben kann, wird vom Freibergerband der privaten Kinobesitzer nicht zu Unrecht bekämpft. Die Unsicherheit seiner Existenz und die Sporteln, die als Sondersteuer den Kinobetrieb schwer belasten, schaffen für den Kinobesitzer eine unerträgliche Lage. Auf deutscher Seite ist es aber doch so, daß die Gemeinden zumeist unter Aufwendung verhältnismäßig enormer Mittel schöne Kinobauten ausgeführt haben, in denen sie das Kino in eigener Regie führen. Diese öffentlichen Kunststätten — wenn sie es nicht sind, so könnten sie es doch sein! — müssen in einem neuen Kinogesetz unbedingt Schutz finden.

Unsere Bildungsstellen verwenden den Film bei ihrer Arbeit gern und fleißig. (S. „Tribüne“, Nr. 9: „Bilanz der Bildungsarbeit“ v. E. Paul) und die bei einigen Konsumvereinen und größeren Bildungsstellen vorhandenen Kofferkino ermöglichen eine Verbreiterung und Vertiefung dieser Tätigkeit. Es ist folglich für unsere weitere Bildungsplege mit dem Mittel Film von großer Bedeutung, daß uns ein neues Kinogesetz in der begonnenen Arbeit nicht hindert.

Es ist aber auch Sache der öffentlichen Bezirksbildungsausschüsse, daß sie der nunmehr kommenden Kinogesetzgebung ihr Augenmerk zuwenden und wir werden auch an diesen Stellen unseren Einfluß dahin geltend machen, daß die volksbildnerischen Forderungen an das neue Kinogesetz von geschlossener Front aller Bildungspfleger an der Regierung Stellen anerkannt werden.

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhrle

(Verlag „Der Arbeiter“, G. u. L. G., Berlin SW 61.)

„Wie hat er geklungen?“
 „Wie die Post!“
 „Gib's nicht noch was Kergeres?“
 „Doch, ein Landsknecht, der drei Wochen unbedeutend im Feld liegt.“
 „Das ist, was ich hören wollte, Kepka. Genau so hat mich vorhin der Anblick der Deutschen getroffen, wie der Dummkopf von hundert, seit Wochen unbedeutender Landsknechte. Viele Kübel Blut sind notwendig, bis ich den Geschmack je wieder los werde. Diese lebendigen Leinwand, die der Welt den besten Mogen haben, un'etwas aus mit auf dem Gewissen!“
 „Was?“ staunt Kepka. „Die und Hus?“
 „Ja, Hus!“ bekräftigt Ziska. Doch er kommt nicht dazu, Kepka und dem von Duba diese fähige Behauptung näher zu erklären und sein Mißfallen über die ihm bis in den Tod vererbten Deutschordener weiterhin auszutrampeeln; denn es gibt unerbittlich einen ärgerlichen Zwischenfall.
 Eine Schar Kurwendejungen, angelockt durch Ziskas laute Rede und das seltsame Gefühl seiner Sprache, umschwärmt die Gruppe der vier Reiter wie ein Haufe hochflüchtiger Hornissen.
 Ursprünglich wollten die Schwarzmantler den fremden Herren ein frommes Lied singen; denn das haben die Jungen längst heraus: die Ausländischen geben schneller und leichter als die Einheimischen.
 Nun aber, da sie aus dem ihnen unbekanntem Idiom ein paarmal den verruchten Rehernamen Hus herausgehört haben, knack's, da dreht sich der Schlüsselwort! Aha, die Reiter sind Böhmen. Landsknechte des Hus, nun die sollen's ordentlich besorgt bekommen! Und nach der

Weise eines unalten Berratsliedes, das den Fuhrleuten nachgeschrien wird, wenn einer am Wagen hängt:
 „'s hocht ein hinte dra,
 's ischt en alte Ma!“
 hauen sie los mit einem Spottvers, der sicher noch keine Stunde alt ist:
 „Böhma Böhma Reherkopf!
 Morna brot a Gans im Topf!
 Mag sie hila, mag si grino,
 kajer all Reher ma!“
 „Verflucht Vehrlein, das klingt nicht angenehm!“ Inuirt Ziska, als die Schwarzmanteligen zum dritten Male losgehen. Kepka und Duba sind der gleichen Meinung. Sogar Karel, der bis jetzt in der Entschlossenheit eines Traumes ritt, hängt den Kopf schief und fängt an, diesen Vorstoß in die Wirklichkeit zu begreifen.
 „Das Maul stoben, aber schnell!“ drängt Duba.
 „Womit?“ fragt Kepka. „Ich hab nicht mal eine Gerte zur Hand!“
 „Aber Geld hast du?“
 „Ja!“
 „Schmeiß raus, soviel du kannst!“
 Kepka beillte sich.
 Ein Schwung Silberstücke prallt auf's Pflaster. Ihr Gegeil klingt wie der silberne Edelsteinbaum bei der Wandlung. Es hat auch die gleiche Wirkung. Alles, was in der Nähe ist, bückt sich zur Erde. Es sieht aus, als neigten sich alle diese Rücken fromm wie vorm Sakrament des Altars vor dem Goldstücken, diesen Heiligen aus Silber. Doch der Schein trägt. In Wahrheit machen sie sich dreckige Hände; gierig klabben sie den elenden Mannern aus dem Kot der Straße.
 „Böhma Böhma Reherkopf!“
 Kepka wirft eine zweite und dritte Handvoll Silberstücke. „Werdet nicht müde, die Silberbeeren hintrifft.“
 Jetzt sind es nicht mehr die Kurwendejungen

allein, die sich um Geld in den Dreck werfen, auch Bürgerkinder beugen sich.
 „Morna brot a Gans im Topf!“
 Der Spottvers wird dünner und dünner, schließlich bricht er ganz ab. Es läßt sich nicht gut singen, den Kopf in der Gasse und Bier in der Rehle.
 Die Menge drängt den Reitern nach.
 Bis zur Pfalz sind noch hundertfünfzig Schritt. Sie werden mit zwei weiteren Würfen erkauf.
 „Gottlob, der Korb war gemacht!“ sagt Ziska, als er im vorderen Hof der Pfalz aus dem Sattel steigt. Er wirft den herbeilebenden Dienern lässig die Fägel zu.
 Doch die Spottroppe der Kurwendejungen ist nicht untergegangen. Während die böhmischen Herren die Treitertreppe hinaufschreiten, hallen bereits die Gassen in der Nähe von dem bläsenden Tingsang wider.
 Karel, der als letzter die Stufen nimmt, hört ganz deutlich über den Münsterplatz schallen:
 „Böhma Böhma Reherkopf!“
 „Morna plarrt der Hus im Topf!“
 „Mag er hila, mag er grino.“
 „Kajt en ma! kajt en ma!“
 „Vor zwei Minuten klang es anders“, denkt der Annappe. „Rehelt vor diesen Konstanzer Kaufgegnen! Aenderungsstüchtig sind sie!“
 Da legt ihm der Beschleier die Hand auf die Schulter.
 „Dreie Herren sind im Vorzimmer, da den Gang hinunter. Links, die vierte Türe!“
 Karel kommt gerade noch zurecht, die etwas brüchige Stimme des Pfalzgrafen beim Rhein zu vernahmen, der, seine hochtigen Augsbrauen hebend, die zur Gewohnheit gewordene Frage stellt:
 „In welcher Angelegenheit, werde Herren?“
 In diesem Augenblicke erscheint der König selber in der Tür.
 Die Böhmen erkennend, sagt er rasch:
 „Loh' Obem! Die Herren haben sofort Vorloß. Die Ohren klingen mir, ihr kommt sicherlich werden Hus. Gestern und heute, nichts anders als Hus! Hus! Immer nur Hus!“
 „Wahr gesprochen, Majestät! Böhmen vertritt heute nur eine Sache: Hus! Hus! Immer nur Hus!“

„Loh' Obem! Die Herren haben sofort Vorloß. Die Ohren klingen mir, ihr kommt sicherlich werden Hus. Gestern und heute, nichts anders als Hus! Hus! Immer nur Hus!“
 „Wahr gesprochen, Majestät! Böhmen vertritt heute nur eine Sache: Hus! Hus! Immer nur Hus!“
 Wieder zupft Herr Johann von Schwarzach aufgeregt an seinem Kraushaar.
 „Ist dein Späher verlässlich, Bogi?“
 Hans Bogi zuckt ein paarmal ungeschicklich mit der Schulter, als ob er die Frage abstoßen wollte. Doch Herr Johanns Blick sticht auf ihn ein wie eine Turnierlanze, da gibt es nur ein Draufzureiten, kein Ausweichen.
 „Soviel ein solcher Scheurenpützer verlässlich sein kann, gewiß. Aber, Druck auf die Wange, Bürgermeister, du kennst dich ja nie bis zu Ende aus bei solch schmierigem Gefindel. Ich hab diese Nummer 19 im Verdacht, als ob sie auf beiden Köpfen Wasser trüge. Doch ist das nur ein Verdacht, also Rebel und keine legelnde Wolfe. Geh's gut, so kann ich dem Burschen bis spätestens morgen einen vollgewichtigen Beweis an den Hals denken!“
 „Wie?“
 „Ich laß ihn nämlich insgeheim selber überwachen. Zwei Schrittzähler hab ich ihm auf die Fährte gelegt. Die schleppt er hinter sich her, wie der Schwab die Klette.“
 Der Bürgermeister lacht, daß hinter dem schwarzen Vorhang des Barthoars sein Kopf wie ein nacktes Meersehweinchel waldet:
 „Wenn die ehrenfeste Welt wächte, wieviel Ober- und Unterganerei not ist, ihre Tugend hüßlich brav bei der Stange zu halten!“
 Auch der Voat verzicht sein ledernes Raadhundgesicht:
 (Fortsetzung folgt.)

Jede Genossin wirbt

Fördert die Frauen-Werbeaktion!

bis Ende März ein neues Mitglied!

Ministerrat.

Delegation für Genf ernannt.

Prag, 29. Jänner. Ueber den heutigen Ministerrat wird folgendes Kommuniqué ausgeben:

Der Außenminister erstattete Bericht über die allgemeine internationale Lage und die aktuellen außenpolitischen Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit der vom Völkerbund zum 2. Februar nach Genf einberufenen Abrüstungskonferenz; er referierte auch über die vorgenommenen Untersuchungen in Angelegenheit des tschechoslowakischen Legationssekretärs Karl Banek sowie über die diplomatischen Interventionen, die von der tschechoslowakischen Regierung in dieser Angelegenheit bei der Sowjetregierung unternommen wurden. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Ein weiterer Bericht wird der Regierung und dem Parlament erstattet werden. Das Vorgehen des Außenministeriums wurde genehmigt. Daraus wurde der ganze Bericht des Außenministers vom Ministerrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

Es wurde die Delegation ernannt, welche unter Führung der Minister für Kenjerec und für nationale Verteidigung zur Abrüstungskonferenz nach Genf entsandt wird, und es wurden die Richtlinien für das Vorgehen der tschechoslowakischen Delegation genehmigt.

Genehmigt wurde der Regierungsentwurf über die Anforderung von Verkehrsmitteln für militärische Zwecke in Friedenszeiten und folgende Verordnungsentwürfe: Ueber die Regelung des Jolles auf Tonerde für einige Produktionszweige, weiter über die Abänderungen und Ergänzungen der Durchführungsverordnung zum Banzierungsgebot und schließlich über die Zusammenlegung und den Verkauf des Franzbranntweines in der Slowakei und in Karpathoruhland.

Genehmigt wurde das von der Landesvertretung beschlossene Budget des Landes Mähren-Schlesien für das Jahr 1932. Ferner wurde die Aenderung der Statuten des pomologischen Landesinstitutes in Prag genehmigt.

Genehmigt wurde der Entwurf der tschechoslowakischen Antwort auf den gemäß dem Beschluß der Internationalen Arbeitskonferenz hinsichtlich der Altersgrenze der Kinder für ihre Zulassung zu nichtindustriellen Berufen herausgegebenen Fragebogen des Internationalen Arbeitsamtes.

Schließlich wurde der von den Wirtschaftsministern erstattete Bericht über dringende Angelegenheiten wirtschaftlichen Charakters behandelt.

Das Bankengesetz beschäftigte auch heute noch fast den ganzen Tag das eingesehene Bankensomitee; wie man hört, sollen die Verhandlungen gute Fortschritte machen.

Gute fand auch eine Sitzung der Wohnungskommission der koalitierten Parteien statt; das in Aussicht genommene offizielle Kommuniqué wurde bisher der Presse noch nicht zugehellt.

Friedmann holt sich neue Instruktionen.

Budapest, 29. Jänner. (M.A.) Der Führer der tschechoslowakischen Handelsdelegation Dr. Friedmann ist zur Einholung neuer Instruktionen heute abends nach Prag abgereist. Er wird Anfang nächster Woche wieder nach Budapest zurückkehren. Die Sachverständigen der tschechoslowakischen Delegation bleiben auch weiterhin in Budapest.

Deutsche Trens. Zu dem in unserer Donnerstagfolge unter diesem Titel erschienenen Artikel schreibt uns Herr Karl Ansoerge: „Die veröffentlichten in Ihrer Folge vom 28. Jänner einen Bericht über den Prozeß, den Dr. Prunar in Angelegenheit des Marienbader „Gemeindeblattes“ gegen den ehemaligen Truder und gegen den fernzeitigen verantwortlichen Schriftleiter dieses Blattes angestrengt hat. Nach Ihrer Darstellung würde sich die Frage ergeben, warum denn gerade Dr. Prunar, nicht aber Abg. Horvutka oder ich Klage erhoben haben. Der Vorwurf, bei irgendeinem Blatte mitgearbeitet zu haben, kann, juristisch betrachtet, an sich natürlich keine Ehrenbeleidigung darstellen; da ich aber weder an Sitzungen des parlamentarischen Klubs noch des Vorstandes der Deutschen Nationalpartei teilgenommen habe, kann ich auch keinen Vertrauensbruch, betreffend die Beratungen in dieser Körperschaft, begangen haben. Der Vorwurf eines solchen Vertrauensbruchs mußte aber den gewissen Parteivorstehenden Dr. Prunar besonders stark berühren und deshalb hat er Klage geführt. Abg. Horvutka wiederum wurde vom Parteivorstehenden Dr. Schöppe selbst, wenn ich mich recht erinnere, wegen eingetretener Verjährung von der Klage abgelenkt.“

Der Weltverband der Völkerbundgesellschaften hält am 30. Jänner und den folgenden Tagen in Genf eine Versammlung ab, die den Auftakt zu der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes bilden soll. — Die Deutsche Völkerbundliga wird bei der Tagung durch ihren Präsidenten Senator Dr. Wilhelm Redinger vertreten.

Eine Abrechnung mit den Neudecker Kommunisten.

Konterfei des Abgeordneten Hadel.

Für Mittwoch hatte die Zahlstelle des Internationalen Metallarbeiter-Verbandes in Neubel eine Volksversammlung der im Eisenwerk beschäftigten und aussehenden Mitglieder einberufen. Schon vor Beginn der Versammlung hatte sich eine Anzahl Kommunisten, die nicht Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, ja nicht einmal Eisenwerksarbeiter sind, vor dem Versammlungstisch eingefunden und wendete sich mit dem Ersuchen, an der Versammlung teilnehmen zu dürfen, an den B.-M.-Obmann Genossen Herold. Trotz den lästigen Erfahrungen hat Genosse Herold, nachdem

die Vorsitzenden der Kommunisten mit Handschlag zugesichert hatten, daß sie nicht stören wollten,

seine Zustimmung gegeben, und es fanden sich etwa 60 bis 70 Kommunisten, unter Führung des kommunistischen Abgeordneten Hadel, in der Versammlung ein.

Genosse Herold mußte sich sehr bald darüber belehren lassen, was kommunistische Zusagen und Handschlag wert sind. Obwohl er die Versammlung als Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes eröffnete, verlangte sofort ein kaltes Dupend Kommunisten das Wort zur Geschäftsordnung und weiter, daß Abg. Hadel die gleiche Redezeit als Kontrarede erhalte wie der als Referent erschienene Verbandsobmann Genosse Abg. Kaufmann. Den wiederholten Hinweisen auf die Art der Versammlung und Tagesordnung antworteten die Kommunisten mit einem wüsten Geschrei.

Genosse Kaufmann erklärte demgegenüber: Diese Versammlung ist eine Versammlung unseres Verbandes, die wir uns von niemandem stören lassen; die Zeit ist vorbei, da wir aus Schamgefühl vor den bürgerlichen Gegnern die Gegenläge zwischen der Arbeiterschaft aufzuzeigen, alles über uns ergehen lassen. Stößt ihr nach uns, werden wir zurückhauen!

Genosse Herold berichtete dann über die Verhandlungen bei der Zentraldirektion und über die Lage, in der sich die Werke des Unternehmens befinden. Als er auch die Forderung des B.-M.-erwähnte, das Neudecker Werk voll geben zu lassen und das neue Werk in Karlsbütte dafür einzustellen, riefen die Kommunisten Bravo und flatschten Beifall.

Genosse Kaufmann verwies darauf, daß der Verbandsvorstand auf dem Standpunkt stehe, daß gegenwärtig an einen Kampf in der Form der Arbeitseinstellung zur Erlangung der vollen Betriebsaufnahme nicht zu denken sei, denn das wäre gerade das, was sich die Werke wünschen, weil sie dann die vollständige Betriebseinstellung damit begründen könnten. Die Forderung nach Stilllegung der Karlsbütte zugunsten von Neudeck ist unbillig. Wenn auch die Karlsbütte ein neues Werk ist haben die Arbeiter beider Werke Anspruch auf Arbeit. Wenn auch die tschechischen Arbeiter nicht kollegial an unseren von Rothau hinversetzten Leuten gehandelt haben, so stehen wir auf dem Standpunkt, daß wir bei der Interessenvertretung unserer Rothauer Kollegen in der Karlsbütte auch die Interessen der anderen Kollegen wahrnehmen.

Es ist bezeichnend, daß die Neudecker Kommunisten jene Stilllegung der Karlsbütte und damit Arbeitslosigkeit jener Arbeiter verlangen, die durch Jahre ihre Anhänger waren. Dese

Solidarität und Einheitsfront der Kommunisten empfehlen wir den Arbeitern, besonders in Karlsbütte, zum Studium!

Darauf verlangte Abg. Hadel das Wort. Da der Vorsitzende zögerte, erklärte Hadel, daß er das Wort zur Rechtfertigung wegen des Vorwurfs des Abg. Kaufmann verlange, daß er den Verband beim Zentraldirektor Doderer denunziere habe.

Hadel erklärte nun, daß er alle feindseligen Angriffe weglassen werde und sprach über Nationalisierung, und dann? Dann sprach er gegen die Führer, die der Arbeiterschaft immer Ruhe empfehlen, damit jene hinter dem Ofen sitzen bleiben können; daß die Sozialdemokraten in die Regierung gegangen sind, um den Kapitalismus zu retten, daß die Arbeiter ihre Geschäfte selbst in die Hand nehmen, sich von den Führern lösen und mit den Kommunisten die Einheitsfront bilden mögen.

Unter dem wütenden Geheul der Kommunisten begann nun Genosse Kaufmann seine Abrechnung mit den Kommunisten: „Mit Dummheit und Gemeinheit kann man nicht polemisieren, doch rüchte ich an alle Versammelten die Frage richten, ob sie nach den Ausführungen des Herrn Hadel nun wissen, was die Arbeiter machen sollen?“ Keiner der Kommunisten konnte eine Antwort geben, was mit einem Gelächter der Eisenwerksarbeiter quittiert wurde. Genosse Kaufmann sprach dann über die Bewaffnung der Arbeiter und erinnerte die Kommunisten an Duz und Freiwaldau. In solchen Augenblicken gehört der Vertrauensmann. So wie es die sozialdemokratischen Vertrauensmänner zur kritischen Zeit in Grassig, Rothau und Neubel gemacht haben, zwischen die Gewerksamen und die Arbeiter und

nicht hinter die Gendarmen, wie es Herr Hadel nach seiner eigenen Angabe im Parlament in Freiwaldau gemacht hat.

Wenn der Vertrauensmann der Arbeiter erkennt, daß das, was die Masse will, zum Verderben für die Arbeiter ausfallen muß, muß er sich, wenn notwendig, gegen die gesamte Arbeiterschaft stellen und mit ihr um das Richtige ringen. Der Vertrauensmann, der dies nicht tut und den Leuten zu willen redet, um sich bei den Arbeitern in Gunst zu setzen, ist ein Schurke, der der Funktion und des Titels „Vertrauensmann“ nicht würdig ist.

Zum Schluß erklärte Genosse Kaufmann: „Ich stelle fest, daß Herr Hadel, obwohl er zu einer Rechtfertigung das Wort ergriff, über seinen Befehl beim Zentraldirektor Doderer kein Wort gesagt hat. Ich stelle fest, daß ich meinen Vorwurf, daß Hadel den Verband bei der Zentraldirektion denunziert hat, aufrechterhalte. Daraus schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Den Kommunisten und Herrn Hadel, die dann neuerdings mit Geschimpf und Geheul einsetzten, wurde mit auf den Weg gegeben, daß sie die Hände von unseren ergebnisreichen Eisenwerksarbeitern lassen mögen, wenn sie nicht einmal ein paar Berbe auf die Finger haben wollen.

Uebergangskabinetts Buresch.

Ohne Großdeutsche. — Im Frühjahr soll Seipel kommen.

Wien, 29. Jänner. Zwischen den Christlichsozialen und dem Landbund ist eine prinzipielle Einigung über die Bildung eines Rinderheitskabinetts Buresch auf der Basis erfolgt, daß zwei Landbündler in das Kabinetts eintreten, darunter wieder Minister Winkler.

Im Kabinetts Buresch Nr. 2 sind fast alle Minister des ersten Bureschkabinetts, es fehlen nur Dr. Schöber und Dr. Schürff. Das Vizelandesamt übernahm Innenminister Winkler, das Außenministerium Landeskanzler Dr. Buresch und das Justizministerium der Christlichsoziale Abgeordnete Schuchnigg. Außer-

dem tritt in das Kabinetts der Industrielle Sadaicher, Mitglied des Landbundes, ein.

Das Kabinetts ist provisorisch und soll in den Frühjahrsmonaten durch eine Seipel-Regierung abgelöst werden.

Die Mission Buresch schien am Vormittag bereits gescheitert, da griff in den Mittagsstunden Bundespräsident Niklas selbst in die Verhandlungen ein. Er berief den designierten Bundeskanzler Dr. Buresch und den Innenminister Winkler zu sich, und es gelang ihm nach vorausgehenden Beratungen mit den Parteiführern, das Kabinetts Buresch Nr. 2 zu retten. Um 1/3 Uhr nachmittags legte es den Eid ab und um 5 Uhr fand die erste Kabinetts-Sitzung statt, wobei die Programmklärung vorbereitet wurde.

China rüstet zum Widerstand.

Kanking, 29. Jänner. (Reuter.) China will jetzt gegen das japanische Vorgehen Widerstand leisten. Die Reservisten der 19. Divisionen Armees, die gegenwärtig im Gebiete von Kanking stehen, und die dritte Division der Nationalgarde sind mobil gemacht und verladen worden, um nach Shanghai abzugehen.

Weitere Verstärkungen unterwegs.

Tokio, 29. Jänner. (Reuter.) Ein Geschwader, bestehend aus drei Kreuzern, zwei Flugzeugmuttertschiffen und vier Zerstörern, hat den Befehl erhalten, zur Abfahrt nach Shanghai sich bereit zu halten. Ein Kreuzer und vier Zerstörer sind heute früh bereits von Saio nach Shanghai in See gegangen. An Bord der Schiffe befanden sich Landungskommandos.

Deutschlands Reparationszahlungen.

Eine offizielle deutsche Gegenrechnung.

Berlin, 29. Jänner. Offiziell wird heute ein Verzeichnis der gesamten wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages veröffentlicht; eingerechnet sind hierbei die unmittelbaren Kosten und Verluste, die Deutschland aus der Durchführung des Friedensvertrages entstanden sind.

Demnach sind bis 31. August 1924 Leistungen für 44.059 Milliarden Reichsmark erfolgt, von denen die Reparationskommission aber nur 8.067 Milliarden gutschrieb. Auf Grund des Dawesplanes wurden später 7.903 Milliarden, auf Grund des Youngplanes 3.103 Milliarden geleistet.

Für innere Befugungskosten, die Kosten der interalliierten Kommissionen, die militärische und industrielle Abrüstung, Flüchtlingsfürsorge usw. errechnet die deutsche Darstellung weitere 14.518 Milliarden, so daß als Kosten des Friedensvertrages insgesamt 67.673 Milliarden Reichsmark erstellt werden.

In der Aufstellung sei nicht enthalten die Angabe des wirtschaftlichen Wertes der abgetretenen Gebiete und der Kolonien. Ferner seien alle aus der willkürlichen Zerreißung Deutschlands und der zwangsweisen Übertragung der deutschen Vermögenssubstanz erwachsenen unabhingbaren indirekten Schäden und Verluste nicht aufgeführt. Auch alle mittelbaren Leistungen, z. B. die Zinsen und Kupungen, die den Empfängern aus den deutschen Leistungen erwachsen sind, seien unberücksichtigt geblieben. Endlich sei die Belastung des deutschen Kredites durch den Kapitalwert der Young-Anleihe und die Belastung aus dem Hoover-Jahr nicht angegeben.

Die Wiener Hochschulkrawalle.

Protest der sozialistischen Studenten.

Wien, 29. Jänner. Der Verband sozialistischer Studenten hat nach den gestrigen Ereignissen an der Wiener Universität eine Kundgebung erlassen, in der es heißt: Die blutigen Krawalle der vergangenen Jahre sind von den akademischen Behörden gefördert und gebilligt worden. Wenn auch der jetzige Rektor Mareš sich augenblicklich gegen die Forderung der Nationalsozialisten stellt, so nimmt die sozialistische Studentenschaft dazu eine abwartende Stellung ein. Die sozialistische Studentenschaft wird bei Eröffnung der Universität öffentlich gegen alle Urheber der gestrigen schändlichen Schlägerei demonstrieren. Sie fordert die endgültige Aufhebung der Organisation der Deutschen Studentenschaft und die Aufhebung der Hochschulautonomie, die heute nicht mehr die Lehr- und Lernfreiheit, sondern die Prägelfreiheit der nationalsozialistischen Sturmabteilungen garantiert.

Die Polizei will einschreiten?

Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, ist die Wiener Polizei nicht mehr gelassen, weiterhin Zusammenstößen innerhalb der Wiener Universität untätig zuzusehen. Sie war bereits früher in der Hochschule erschienen und wird nun bei Fortsetzung derartiger Krawalle, wie sie sich Donnerstag ereigneten, ganz besonders aber, wenn der Tatbestand eines Verbrechens vorliegt oder zu befürchten ist, auf keine Art von Protesten und auch auf kein Gewohnheitsrecht mehr Rücksicht nehmen, sondern auch auf akademischem Boden amtschandeln.

Ein schlagendes Beispiel der Mechanisierung als Arienfaktor.

Das Märkische Elektrizitätswerk, das im Besitz von Staats- und Kommunalbehörden ist, eröffnete vor nicht langer Zeit in Hennigsdorf das größte Diesellostwerk Europas. Vertritt man das Werk, so übertrifft einen die Beere, denn es ist kaum irgendein Mensch zu entdecken. Tatsächlich wird dieses große Kraftwerk, in dem zwei Dieselmotoren von zusammen 22.000 Pferdekraften arbeiten, die mit je zwei Schwungradgeneratoren von je 11.000 Kilowatt Leistung gekuppelt sind, von nur vier Leuten bedient. Nirgends in der Technik ist die Mechanisierung so weit gediehen, wie gerade in der Elektrizitätswirtschaft. Der Anteil der Löhne am erzeugten Produkt ist hier außerordentlich niedrig. Sicherlich wird aus dem Mißverhältnis zwischen den zur Erzeugung von Gütern usw. nötigen Menschen und der in Anbetracht der großen Mengen der erzeugten Güter notwendigen Verbrauchergewirtschaft die Umwandlung des heutigen Wirtschaftssystems hervorgehen. Man kann die für die Produktion überflüssig werdenden Menschen nicht einfach vernichten, wie man brasilianischen Kaffee vernichtet, insbesondere dann nicht, wenn alles zu ihrem Unterhalt notwendig in größtem Ausmaß erzeugt werden kann. Das ist die eindringliche Lehre, die man beim Durchschreiten eines solchen, auf das höchste mechanisierten Betriebes empfängt. Solche Fortschritte der Mechanisierung beweisen eindringlicher als alle anderen kapitalistischen Berechnungen die Notwendigkeit der Einführung der 40-Stundenwoche.

Tagesneuigkeiten

Heil Mehner!

Im Reichenberger Stadttheater rief man gestern lärmig: „Heil Mehner!“

Nicht dem großen Bildhauer und nicht Karl Mehner, dem unermüdbaren, opferbereiten Schulmann in Leitmeritz, der es sich in den Kopf gesetzt hat, eine Mittelschule zu schaffen, die die jungen Menschen ohne Terror und Nervenschütterung erzieht, sondern ganz im Gegenteil, Adolf Mehner, dem Führer der nationalsozialistischen Studentenschaft in Prag.

Und dies nicht etwa darum, weil er ein Monument geschaffen oder einen neuen Schultypus erfunden hätte, sondern einfach darum, weil er während des dritten Aktes laut ausrief: „Schweinererei!“ Man gab den „Arzt am Scheidewege“ von Bernhard Shaw und es spielte Moissi mit.

Adolf hatte es also beträchtlich leichter als die beiden anderen. Nun ist meiner Meinung nach allerdings mit Moissi nicht viel los. Ich will mich mit niemand in Erörterungen einlassen. Mir ist er der Mann der Rädchen. Also etwa: der Gobbels der dramatischen Kunst. Aber nicht darum wurde er angeblasen, sondern weil sein Name Moissi an Moyses erinnert, und man daraus auf seine Fremdbiligkeit höchst bedenkliche Schlüsse ziehen kann.

Mir würde die Mangervandtschaft der beiden Worte zu so bedeutungsvollen Schlüssen nicht genügen. Ich würde nie von Mehner auf Meyses schließen — aber der Reichenberger völkischen Jugend genügt das vollständig zu einem wüsten Kravall im Tempel der Muse.

Also: Adolf Mehner schrie in den vollen Saal: „Schweinererei!“ und die Gefolgschaft schrie: „Heil Mehner!“

Ich wäre für die umgekehrte Zeitfolge: „Heil Mehner?“ — „Schweinererei!“

Mit „Heil Mehner“ ließe ich meine Gedanken nur dann schließen, wenn ich mich Karl Mehners erinnerte, der durch seine Schulreform gesunde, vernünftige, sachliche, duldsame Menschen heranbildet will, die sich vornehmlich unterscheiden von den dummen, plumpen, gewalttätigen Müßeln, welche heutzutage die Mittelschule der Hochschule weitergibt.

Mija.

Mordversuch und Selbstmord in Gablonz.

Reichenberg, 29. Jänner. Im Hause Ralergasse 9 in Gablonz wurde heute ein Mordversuch und ein Selbstmord verübt. Vor acht Wochen zogen in ein Zimmer dieses Hauses die vierundzwanzigjährige Irma Havranek, Hilfsarbeiterin bei der Firma Jakob, und der dreiundzwanzigjährige Felix Schweizer, ein jetzt beschäftigungsloser Hilfsarbeiter. Die beiden wollten in vier Wochen heiraten. In den letzten Tagen kam es zwischen ihnen zu heftigen Auseinandersetzungen. Gestern mußte die Havranek Polizei zur Hilfe rufen. Sie erklärte den Schweizer nun nicht zu heiraten. Die Nacht von gestern auf heute brachte sie in der Wohnung ihrer Eltern zu. Um halb 12 Uhr vormittags hörte man im Zimmer der Beiden heftiges Streiten. Eine Nachbarin rief der Havranek durch die verschlossene Tür zu, sie möge in ihre Wohnung kommen. Schweizer folgte der Havranek mit einem Revolver in der Hand und bedrohte auch die Nachbarin. Diese eilte aus ihrer Wohnung, kurz darauf fielen zwei Schüsse, man fand die Havranek mit einem Schuß in der rechten Schläfe auf dem Boden liegend und Schweizer lag tot im Zimmer.

Die schwerverletzte Havranek wurde in das Bezirkskrankenhaus überführt. Man hofft, sie am Leben erhalten zu können. Die Beweggründe der Tat dürften Eifersucht sein.

Die Gtoda-Welder für Hitler.

Der französische sozialistische Abgeordnete Paul Faure sprach in Dresden in einer öffentlichen Versammlung. Er erzählte unter anderem:

Das Pariser „Journal“ hatte unter den Geldgebern der deutschen Nazis auch die tschechischen Gtoda-Werke genannt, deren Aktienmehrheit dem französischen Munitionsfabrikanten Schneider-Creusot gehört. Auf eine Anfrage in der Öffentlichkeit hat nun Faure den Besuch eines Direktors von Schneider bekommen, der erklärt habe, nicht die Gtoda-Werke selbst, sondern die deutschen Direktoren der Gtoda-Werke seien als Geldgeber des deutschen Faschismus bekannt. Faure fügte hinzu, wenn Schneiders Angestellte deutschen Kriegsheeren Geld gäben, so wüßten sie genau, daß ihr Chef nichts dagegen habe.

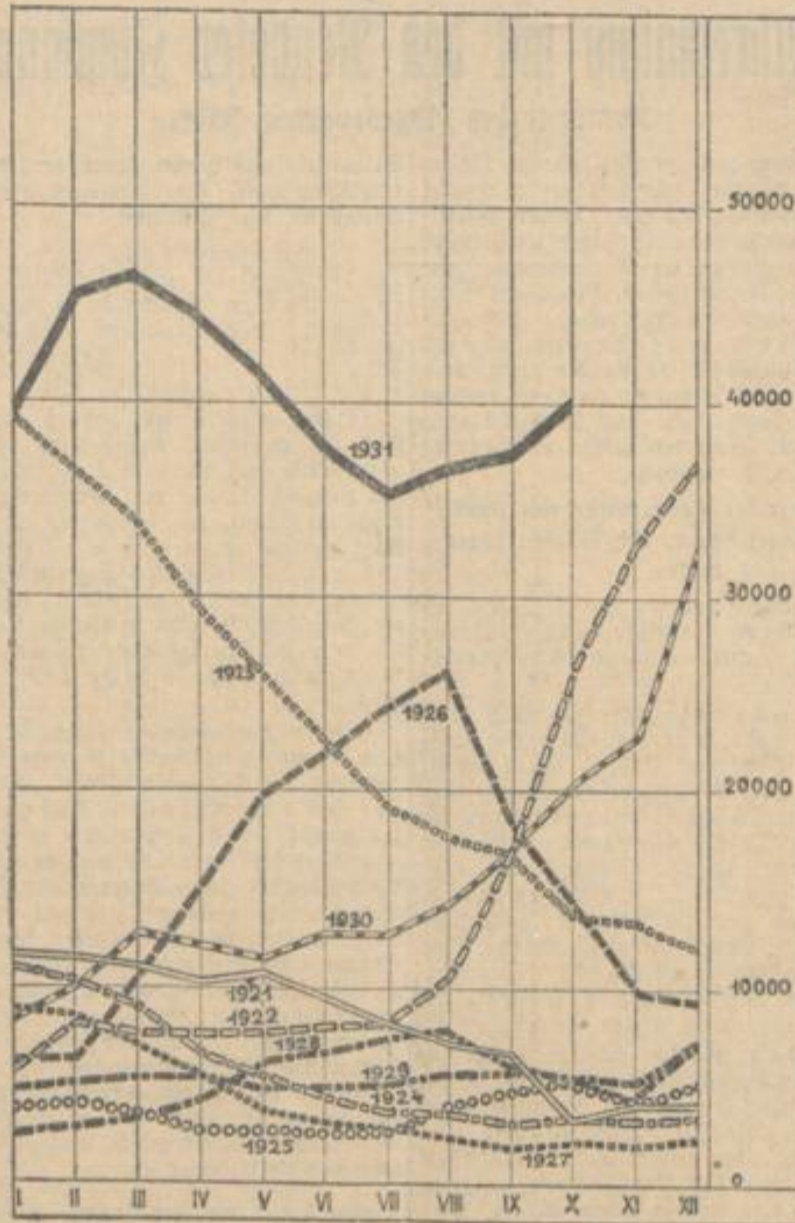
Prozess gegen Kakenellenbogen.

Das ganze Generaldirektorium auf der Anklagebank.

Berlin, 29. Jänner. Unter heftigem Andrang von Schaulustigen begann heute in Moabit der Prozess gegen die Schulbuch-Direktoren Ludwig Kakenellenbogen, Erich Benzlin, Dr. Walter Sobersheim, Ernst Kuhnau und Rudolf Junke vor der Großen Strafkammer. Der Prozess ist kriminalgeschichtlich ein Novum, denn es ist noch nie dagewesen, daß das gesamte Generaldirektorium eines großen wirtschaftlichen Konzerns unter Anklage gestellt worden ist. Die Anklage lautet gegen sämtliche

Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie der Tschechoslowakei in den Jahren 1921—1931.

(Entnommen der „Sozialen Revue“, dem in deutscher Sprache erscheinenden Amtsblatt des Ministeriums für soziale Fürsorge.)



Angeschlagten auf Bilanzverschleierung, ferner gegen Kakenellenbogen und Benzlin auf Prospektbetrug und schließlich gegen Kakenellenbogen allein auf handelsrechtliche Untrenne.

„M 2“ angegeben.

London, 29. Jänner. (Reuter.) Die Admiralität erklärte, es bestehe jetzt keine Hoffnung mehr, die in dem gesunkenen U-Boot „M 2“ eingeschlossene Mannschaft lebend zu bergen.

Töblicher Unfall in Gablonz.

Auf dem Gablonzener Hauptbahnhof ereignete sich am 28. Jänner abends beim Verschleiben ein schwerer Unfall. Der Verschleiber, Rudolf Dsch, geriet unter den letzten Zug, der um halb zehn Uhr aus Lannwald in Gablonz eintraf. Die Räder gingen ihm über den Unterleib. Der Schwerverletzte starb auf dem Wege ins Krankenhaus.

Batas englische Fabrik

London, 29. Jänner. (Reuter.) Es wird gemeldet, daß der tschechoslowakische Großindustrielle Bata definitiv den Ankauf von 600 Acres Boden in Illinois abgeschlossen hat, wo er umfangreiche Schuhfabriken errichten wird. Mit dem Bau derselben wird Ende März begonnen werden.

Die blutige Grenze.

Bukarest, 29. Jänner. In der Nacht auf heute überfiel die Grenzwachse unweit der Stadt Tighina vier Individuen, die den Fluß Danester zu durchschwimmen versuchten, um nach Sowjetrußland zu gelangen. Nach dem vorschriftsmäßigen Anruf ergaben sich drei Männer, während der vierte die Flucht ergriffen wollte. Er wurde auf der Stelle erschossen. Es handelt sich um sowjetrußische Emigranten (?).

Graf Helldorf verhaftet.

Berlin, 29. Jänner. Graf Helldorf, gegen den in der gestrigen Verhandlung des Aufständigen-Prozesses Haftbefehl erlassen wurde, ist im Laufe des gestrigen Abends in Nürnberg festgenommen worden. Er wurde heute nach Berlin gebracht, sofort in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert und um 9 Uhr in den Verhandlungssaal geführt.

Frauen und Abrüstung. Die zur Abrüstungsfrage nach Genf gelangte Petition des englischen Zweiges der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit enthält über zwei Millionen Unterschriften. Ellen Snowden hat sie „die Stimme der einfachen Leute Englands“ (the simple folk of the country) genannt. In Amerika sind unter der Petition weit über vier Millionen Unterschriften gesammelt worden.

Selbst im rüstungsfreundlichen Frankreich hat eine Million Frauen unterschrieben. Prozentual am stärksten ist die Petition in der Schweiz. Dort schätzt man die Unterzeichner der Petition auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung.

Russolini als Rodebittator. Ministerpräsident Mussolini hielt in der Versammlung italienischer Ärzte eine Rede, in der er sie aufforderte, sich endlich energisch gegen die unvernünftige Schlangenscheißmode der Frauen zu stellen. Mussolini erklärte, daß diese Erzeugnisse die Rasse schwächen und auch andere ungünstige wirtschaftliche Folgen zeitigen.

Temperaturanstieg. Aus Hamburg wird gemeldet: Auf der Unterelbe bei Schulan stiegen heute früh das deutsche Motorschiff „Präsident Gomez“ und der norwegische Passagierdampfer „Leda“ zusammen. Beide Schiffe wurden schwer beschädigt. Mit Schlepperhilfe lehrte „Präsident Gomez“ nach Hamburg zurück und ging sofort ins Dock. „Leda“ konnte die Reise nach Hamburg mit eigener Kraft fortsetzen.

Ein Straßenbahner aus Rache getötet. Einem furchtbaren Rodeart ist der Straßenbahnschaffner Russo in Rom zum Opfer gefallen. Er hatte einen Fahrgast namens Mazzucchi gerügt, weil dieser die Füße auf die Sitzfläche aufgestützt hatte. Als der Straßenbahner die Endstation erreicht hatte, eilte Mazzucchi in die nahegelegene Wohnung, ergriff einen dicken Stock und eilte mit einer Anzahl seiner Familienangehörigen zur Straßenbahn zurück, wo die ganze Sippe über den Schaffner herfiel und diesen mit wuchtigen Fäusten zu Boden schlug. Der Schaffner wurde lebend ins Krankenhaus transportiert. Mazzucchi und einige seiner Angehörigen, die an der Mordtat beteiligt waren, wurden in Haft genommen.

Ein „jähmer“ Leopard zerfleischt ein Kind. Ein entsetzlicher Unglücksfall, dem ein zweijähriges Mädchen zum Opfer fiel, ereignete sich in der Wohnung des Kunstmalers von Othegraben in Berlin-Wilmersdorf. Othegraben hielt dort einen völlig gezähmten, ausgewachsenen Leoparden, den er angeblich für Filmvorstellungen abrichten wollte. Als Freitag mittags die in dem gleichen Hause wohnende Frau des Tanzstellenbesizers Charas mit ihrem zweijährigen Töchterchen Erika das Zimmer betrat, riß sich der Leopard plötzlich von der Kette los und stürzte sich auf das Kind. Die Mutter wurde zur Seite geschleudert. Bevor noch der Besizer des Tieres zu Hilfe eilen konnte, hatte die Bestie dem Kinde derartige Biß- und Kratzenwunden beigebracht, daß es kurzer Zeit später seinen Verletzungen erlag.

Küchlein. Was soll man mit einem Jungen hooleren lassen heute? Schwierige Frage! — Die ganze Welt ist jetzt ein Karrenhaus. — Ich ignoriere die Bediener werden.

Gaule. Ein Vorkommnis liegt im hohen Norden. Er fragte die Krankenpflegerin, wie hoch die Temperatur gegenwärtig sei. „41 Grad“, antwortete die

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen. Samstag:

Prag: 11.00 Schallplatten, 15.00 Britische Sieder, 18.25 Deutsche Sendung: Emil Kläger; Aus eigenen Werken. — Brünn: 16.10 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Violinsonaten. — Währ.-Osterr.: 15.30 Britische Sieder, 18.25 Slowakisches Volkstied. — Königsberg: 16.15 Musikstil, 18.45 Doppers Abendkonzert. — Königsbrunn: 20.00 Slowakisches Orchesterkonzert. — Leipzig: 19.30 Leichte Musik. — München: 18.30 Soft in Rot. — Wien: 17.00 Aus allen Operetten, 20.00 Sinfonie aus Oesterreich, 22.30 Konzert.

Schwefel. — „Gut“, sagt der Kranke, „bei 2 verlaufen Sie!“

Arg: „Trinken Sie denn Karlsbader Wasser eine Stunde vor dem Essen?“ — „Ja, Herr Doktor, ich habe es versucht, aber länger als eine Viertelstunde halte ich das Wassertrinken nicht aus.“

Granlopf.

Von Rhedo.

Granlopf fror. Er kauerte dicht am Rande eines finsternen Abgrundes, der in einen ungeheuren Steinhaufen führte. Der Steinhaufen war ein Haus und der finstere Schacht ein Schornstein. Am Rande des Schotes hatte Granlopf die Nacht verbracht. Die entsetzliche, grauenhafte, endlose Nacht bei 20 Grad Kälte. Der messerscharfe Frost griff ihm unter die Federn, packte die Haut, zog sie zusammen, löste sie von den Knochen, daß es den Vogel schüttelte wie ein Fieber. Granlopf war ganz nahe an den Rand des Schornsteins geflettert, so nahe, daß er jeden Augenblick hinabfallen konnte. Er wußte, daß die Menschen, die da unten wohnten, die Gabe besaßen, Wärme zu erzeugen, wohlige, kostende Wärme, die aus dem tiefen Schlund herauskam, mild wie Sonne, aber so schwarz und beißend, daß man sie nur mit zusammengepreßtem Schnabel ertragen konnte. Sonst plagten die Lungen.

Granlopf hatte sich aufgebläht, daß er ausfah wie ein großer, schwarzer Ball. So war ihm wärmer.

Die Menschen, die den Ofen, der zu dem Schote gehörte, heizten, hatten keine Kohle, daher strömte keine Wärme gegen das Dach und Granlopf sah vergebens sehnsüchtig in die schwarze Tiefe. Das letztemal hatte der Ofen am vorhergehenden Tage gebrannt. Beißender, ätzender Rauch war emporgestiegen und hatte die Piegel erwärmt und den Schnee vertrieben und Granlopf hatte die Augen geschlossen und den Atem angehalten und war in dem dicken Qualm gerandert worden wie ein Schinken. Aber die Wärme war ihm unter die Federn gekrochen und hatte seinen armen, starren Körper aufgetaut, sein Blut lebhafter strömen und sein Herz kräftiger schlagen lassen und etwas wie neuer Lebensmut war in ihm erwacht.

Granlopf fror und träumte von der schwarzen Wärme, die nicht kam. Er froh noch mehr in sich und blies sich noch mehr auf und sah groß und dick aus, obwohl sein magerer Körper auf die Hälfte seines normalen Umfanges geschrumpft war. Es war windstill, in der Ferne erhob sich ein machloser, glühender Ball, vor dem der Nebel lodete, eine Sonne, die erstorben schien, und die Kälte brannte wie Feuer.

In dem Körper des kleinen Vogels wühlte der Hunger. Pöckte mit unerbittlichen, gierigen Fingern die leeren Därme und zerriß an ihnen, verflumpf: sie zu einem Gewirr jüngerlicher Schlangen. Granlopf zitterte vor Schmerz. Jede Bewegung ließ ihn Frost und Hunger schärfer empfinden. Er hob die Flügel, sie waren steif wie Holz. Mit Mühe schleifte er sich zum Rande des Schotes.

Rund herum war weiß, eifige Wüste. Granlopf versank bis zur Brust in dem Schnee. Mit Mühe drehte er das Köpfchen nach allen Seiten, die matten Augen suchten qualvoll und sahen nichts als die bizarren Formen harter, weißer Kristalle. Rings um ihn war Tod und Vernichtung.

Aber noch etwas anderes sah Granlopf, etwas, das einen frohen Glanz in seine Augen treten ließ. Tief unter ihm lagen zwei Ansehn auf einem Fensterbrett und bewegten die Köpfe emsig hin und her, wie im Takte. Granlopf's Augen wurden groß. So sehr packte ihn die Gier, daß seine Flügel zitterten, als er sich mit leichter Kraft vom Dach stieß. Er floh, nein, er flatterte, nein, er fiel, fiel, die Augen auf das rettende Brot gerichtet. Matt schlugen die Flügel und verlagerten den gewohnten Dienst. Und langsam, taumelnd, schwebte ein schwarzer, kleiner Ball, dicht am Fenster vorbei, in die Tiefe. Die Anseln flogen erschrocken auf.

Tief sank Granlopf in den weichen Schnee. So tief, daß nicht einmal das Köpfchen sichtbar blieb. Die weiße flodige Decke schmiegte sich an den armen, mageren Körper. Wie eine zarte, weiche Frauenhand sogte ihn der Tod. Granlopf schloß die Augen. Er träumte von der Sonne, von Wärme, von Licht.

Der Arbeitslose.

Von Robert Doherty.

Grau ist mein Morgen. Erwachens spricht zu mir von Sorgen und trauert nach dem Traum, der mich geborgen.

Die Straße schreit von seinen Schritten. Von tauchend Intereffen. Mitten in ihnen einsam steht mein Fragen: Wohin soll ich mein Leben tragen?

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Europas fehlerhafte Kohlenwirtschaft.

In der Kohlenkonferenz des Völkerbundes zu Genf haben die Vertreter aller Gruppen der Kohlenländer Vorgeblich, ungenügend wurde anerkannt, daß in Europa eine Organisation der Kohlenwirtschaft geschaffen werden müsse, um den wirtschaftlichen Verwüstungen Einhalt zu gebieten. Von den Bergarbeitervertretern wurde insbesondere auf die sozialen Verschlechterungen hingewiesen, die die Kohlenkrise bis jetzt mit sich gebracht hat. Ein Millionenheer sei im internationalen Bergbau arbeitslos. Bei steigenden Produktionsziffern seien die Arbeitsbedingungen ständig verschlechtert worden. Die

Schöne weiße Zähne

unter Beseitigung des häßlich gefärbten Zahnbelages erhalten Sie durch ständigen Gebrauch der guten Chlorodont-Zahnpaste mit dem herrlich erfrischenden Pfefferminz-Geschmack. Tube K&L.

Schuld daran schieben führende Gewerkschafter, aber auch bürgerliche Volkswirtschaftler mit Recht auf die vielfachen Fehltrationalisierungen. Auf 250-300 Millionen Mark Kosten schäpfe vor einiger Zeit bereits die „Frankfurter Zeitung“ den übermäßigen Ausbau der Kohlereien im Ruhrgebiet. In den anderen Kohlenrevieren liegen die Verhältnisse nicht viel besser: Neulieferungen der Vorkriegs-West-K. u. S. und anderer oberflächlicher Konzerne, in Niederösterreich die große Stiefflopfleite der Grubenverwaltung des Fürsten Pieh.

Die freien Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Parteien kämpfen seit Jahrzehnten für die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsführung und für eine planmäßige gesellschaftliche Kontrolle der Wirtschaft, durch die allein die furchtbaren Mißstände der privaten Wirtschaft überwunden und ein menschenwürdiges Dasein für die breiten Massen geschaffen werden kann. Die Sozialisierung des Bergbaues und der Schlüsselindustrien gehört zu unseren Grundforderungen. Besondere Beachtung haben sich nun die christlichen Gewerkschaften Deutschlands unter Führung „Imbush“ dieser Forderung angeschlossen.

Prager Produktionskrise. (Offizieller Bericht vom 29. Jänner.) Das Geschäft an der heutigen Börse klagerte vollkommen bei einem Durchschnittsprisestand. Auch auf dem Getreidemarkte, wo sich wenigstens einiges Interesse zu zeigen pflegt, kam es zu keinerlei Geschäftstätigkeit. Außer Mangel an Kaufkraft war auch das Angebot zurückhaltend, so daß sich der Geschäftsvorkehr zwischen den einzelnen Parteien bloß auf ein Sondieren und Überprüfen der Verhältnisse zwischen den Preisforderungen und dem Geldangebot beschränkte. Die Preise hielten sich im allgemeinen auf Dienstagniveau. Dies gilt in erster Reihe für den Getreidemarkt, zugleich aber auch für die anderen Warenkategorien. Die amtlichen Notierungen erlitten heute keine Veränderungen, nur amerikanisches Getreide verbilligte sich um 10 K und notierte 810-820.

Bücherschau.

„Sittengeschichte der Inflation“

Wirtschaftskatastrophe, Wirtschaftskrieg aller gegen alle, Erschütterung der Staatsfinanzen, Unsicherheit der Währungen — der tolle Hexenabbath, in den die europäische Menschheit hineingerissen ist, macht die Vision der zurückbaren Leidenszeit des deutschen Volkes, die Jahre der Inflation, zu einer aktuellen und drohenden Erscheinung. Aktuell schon deshalb und auch für uns, weil sich sogar hier vereinzelte Stimmen fanden, die in kaum mehr mißverständlicher Weise den Ruf nach einer Währungslenkung erhoben haben, ohne sich offenbar darüber Sceptel zu machen, welche unangehörigen Folgen ein dann leicht unausfallsam werdendes Einmischen auf der schiefen Ebene für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung haben müßte. Daraus ist es verständlich, daß sich Hans Oswald der Arbeit unterzogen hat, das hüllende Bild der Inflationzeit in Deutschland in einem solchen in der Verlage Reufeld u. Henius, Berlin, erschienenen Buche „Sittengeschichte der Inflation“. Ein Kulturdokument aus den Jahren des Marksturzes (mit mehr als 150 Bildern, Preis M 4.80) zu entwerfen. Wie schon der Titel besagt, will das Werk nicht eine eigentliche Geschichte der Inflation sein, es ist im wesentlichen eine Sammlung von Dokumenten in Wort und Bild aus jener Zeit, eine Reportage, aber eine glänzende, und es wird seiner Bestimmung, ein sittengeschichtliches Gemälde zu sein, in vollem Maße gerecht. Wände der Erlebnisse, die Hans Oswald vor den Blicken des Lesers erschauen läßt, sind wohl nicht allein auf die Folgen der Inflation zurückzuführen, wie zum Beispiel die Warennot und die Lebensmittelhamstereien, sie waren eine Folge der vierjährigen Zerstörungsarbeit durch den Krieg, aber sicher ist, daß sie, wie alle übrigen Erscheinungen dieser Jahre, ins Groteske und Ungeheuerliche erst durch die Inflation gesteigert wurden. Der Autor hat ein reiches Material gesammelt, seine Schilderungen setzen am Ende des Krieges ein, da aus manchen der aus dem Kriege heim-

PRAGER ZEITUNG.

Wer versteht am wenigsten?

Oder:

Die Krise der Intelligenz.

nämlich jener Intelligenz, die diese Blätter schreibt und liest und beides in gutem Glauben zu tun scheint. Geschlecht auf dieser Welt irgendwas, was das Weltbild der Ahnungslosigkeit jener Jugend, die sich in geistiger Bescheidenheit, als die deutsche Jugend schlechthin zu bezeichnen pflegt, erschüttern könnte, dann ist sie furchtbar empört. Aus ihrem empörten Herzen aber macht sie keine Mär-bergrube, sondern schreit es laut heraus, aus empörten, rauhen Rumpferkeln: Fort mit der jüdischen Demokratisierung, Godann verredet Heil Hitler, in Ewigkeit Amen!

Die wollten es verhindern, daß Max Godann in Prag spreche und weil sie am Verhindern verhindert wurden, sind sie furchtbar gekränkt und lassen durch den „Tag“ und die „Sudetendeutsche“ einer beschränkten Öffentlichkeit ihre Empörung mitteilen. Dem Objekte ihrer Empörung stehen sie mit der nur ihnen eigenen Art von Ahnungslosigkeit gegenüber. Daß weder der Berichterstatter des „Tag“ noch der der „Sudetendeutschen“ dem Vortrag des Genossen Godann beigewohnt haben, steht für jeden fest, der sich ihre Ergüsse zu Gemüt geführt hat.

Die anwesenden deutschen Eltern mühten mit Entsetzen feststellen, daß Godann 14jährigen Kindern den freien Verkehr unter dem Motto: „die Eltern geht das gar nichts an“, anempfiehlt — erzählt die „Sudetendeutsche“ ihren demütigendsten Lesern. Godann hat zwar nichts derartiges empfohlen, wie überhaupt alle diejenigen, die sich von ihm „Einsprechungen“ erhofften, nicht auf ihre Rechnung kamen — die diesbezüglich Bedürftigen unter den Mitgliedern der „Deutschen Studentenschaft“ seien auf San der Beide verwiesen, der für jede Lage und Stellung im Leben beides weiß — aber „die deutschen Eltern“ mühten es wahrnehmen. Da kann man nichts machen. Wenn man das Gesamtergebnis des Vortrages betrachtet, so bedeutet es nichts anderes, als völlige Freiheit des Geschlechtslebens, wobei der „Tag“ und weiß wahrscheinlich selbst nicht, was er mit dem Tag anfangen soll. Betrogen von ritterlicher Entrüstung, damit der „Deutschen Presse“, mit der wir uns noch beschäftigen werden, ins Handwerk pfusend, stoßern beide wöllische Blätter zwei letzte Zweifelhalter voll, nach deren Lesüre man die deutschen Studenten, wüßte man es nicht besser, für die feinsten Geschöpfe der Welt halten müßte. Da verweist der „Tag“ Godann mit Bet-tauer (soll das vielleicht ein Wink für einen E-Nordstübchen sein? Bettauer, über dessen Umwert als Richter wir nicht im Zweifel sind, wurde von einem Kazi niedergeschossen (auf die Frage soll der „Tag“ antworten!), spricht die „Sudetendeutsche“ von „schamlosten Fragen“ etc. Sie erregen sich schließlich

*) Daß ihnen mitten in der Empörung das Bewußtsein entschlüpfte, daß sie demonstrieren wollten und nicht etwa debattieren, wie sie tendenziell angaben (... zu begründen, daß die deutschen Studenten Propp in gesunder Initiative... um gegen diese demoralisierenden Ausführenden Stellung zu nehmen, waren ungefähr 300 Mitglieder der Prager deutschen Studentenschaft erschienen...), daß ihnen also der Einlass mit Recht auch dann verweigert worden wäre, wenn noch Platz vorhanden gewesen wäre, was nicht der Fall war; der Berichterstatter der „Bohemia“ beginnt: „Im überfüllten Saale...“ — das nur nebenbei.

lich beide darüber, daß der Stibrom die Gelegenheit einer kleinen Dankensdemonstration zu einer kleinen antideutschen Hege ergreift; als ob die nationale Hege ein Reservat der deutschen Faschisten wäre. Daß beiden Blättern der erste Preis in der Konkurrenz gebühre, konnte für die Jury keinen Augenblick zweifelhaft sein.

Schwieriger lag die Entscheidung schon bei der „Deutschen Presse“. Ihr Vertreter wurde beim Vortrag gesehen und ellenlange Zitate bezeugen, daß er fleißig notiert hat. Und doch so viel Stumpfsinn in der „Sexuellen Barbarei“! Man glaubte schon, der Stumpfsinn sei offensichtlich, um die Konkurrenz in Ehren bestehen zu können, weshalb die Jury bereits erwog, die „Deutsche Presse“ wegen Verstoßes gegen das fair play zu disqualifizieren. Sie ließ diese Absicht aber wieder fallen, nicht nur um einem Refers der „Deutschen Presse“ zu ergehen, die mit Recht hätte darauf hinweisen können, daß das fair play als Kampfregel für die reaktionäre Presse keine Geltung besitze, sondern auch deshalb, weil die Jury zur Überzeugung gelangte, daß eine derartige Verdrehung kaum einem angewachsenen Resultat gelänge, geschweige denn einem Stumpfsinnigen Anfänger. So mühte auch ihr mit der Jubilierung des guten Glaubens der große Preis zuerkannt werden.

An die Spitze ihrer „Kritik“ stellt die „Deutsche Presse“ die „Feststellung“, für Godann sei die sexuelle Frage nichts als eine — „Drüsenfrage“. Und „da natürlich die Drüse des einen Menschen die Drüse des anderen nichts angeht, unterschiebt das fromme Blatt, selbst im Unterschiede noch unlogisch, dem Genossen Godann, er vertritt ein „Recht“ der Jugend auf Onanie. Ohne jedes Interesse für ihre Drüsen gesehen wir den Herren, die, soweit sie ledig sind, in Beachtung ihrer sonstigen moralischen Anschauungen sich kaum anders helfen können, dieses Recht ohne weiteres zu „Während dem Schreiber der „Bohemia“ gerade die „Beherrschung der sozialistischen Weltanschauung“ zu tiefst zuwider ist, hält sich der der „Deutschen Presse“ darüber auf, daß Godann mit der Religion jede Weltanschauung ablehne. Daß man fremde Weltanschauungen nicht versteht, kommt vor, daß man aber außer der eigenen auf der ganzen Welt keine wahr haben will, dazu gehört schon die ganze, nur Merkmalen eigene Beständigkeit, die mit einer Sonderprämie belohnt werden soll. Welchen Wert eigentlich die Frommen der „Jugendfräulein“ beirritzen, sagen sie leider auch diesmal nicht. Die Ansicht Godanns, daß ihr lediglich ein ökonomischer Wert zukomme (bessere Aussicht auf eine „Partie“), widersprechen sie sehr heftig, machen es aber Godann im gleichen Augenblick zum besonderen Vorwurf, daß sie für ihn „nicht einmal“ (geperrt von der „D. P.“) ökonomischen Wert hat. Also hat sie diesen ökonomischen Wert für sie doch?

Die wenigen Kostproben christlichsozialen „Geistes“ genügen für den Radweiz, daß auch die „Deutsche Presse“ den Preis mit vollem Recht erhielt. Die „Deutsche Presse“ wäre aber kein richtiges literarisches Organ, würde sie ihre „Stellungnahme“ nicht mit einer niederrichtlichen Verdächtigung garnieren: ... sind offenbar die „Sexualforscher“ da, die dann mit ihren Vorträgen ein schönes Stück Geld verdienen.“ — Wenn die geistlichen Herren in ihren Ansprüchen an den Staat so bescheiden wären, wie es jeder sozialistische Referent den voranstehenden Genossen gegenüber jedesmal sein muß, der Staat könnte an der Congrua ein „schönes Stück Geld“ für die unverschuldeten Arbeitslosen einsparen.

schärfste Kampf ums Dasein, hat den Menschen Fähigkeit und Lust geroubt, innerliche Verrieferung zu suchen, und abgibt, wie sie dieses Leben möchte, strömt sie lieber in die Rix“ um billige Zerstreuung, Ablenkung, süße Traumgebilde zu finden. Br-rißene Spekulanten, die Judor und Jelit, die Lohn und Abraum, die Vorkammos und Kinklons, zwei Leute, deren Wiege nicht in der neuen Welt gestanden, sondern irgendwo in einem kleinen ungarischen oder galizischen Landstädtchen, hatten rechtzeitig den „Kleber“ für dieses Zeitbedürfnis und lieferten aus ihren Filmfabriken die Träume, nach denen das Publikum begehrt. Ehrenburg hat eine hervorragende Sachkenntnis und aus dieser heraus schildert er mit ägender Saitre, was aus dem Film unter der Einwirkung der herrschenden kapitalistischen Mächte vrd des Profitbedürfnisses der Filmproduzenten geworden ist, wie er läßt Träume von einem nicht existierenden Leben erzeugt, die Wahrheit und Wirklichkeit verflücht, Rationalismus und Kriegsstimmung fabrikmäßig erzeugt. Es ist gerade die große Weltbedeutung, die der Film erlangt hat, die die weitest Verbreitung des Buches wünschenswert erscheinen läßt, das die Gefahren, die vom Film ausgehen, schonungslos aufdeckt.

„Kleine Freundin“. Roman einer Zwölfjährigen. Von Ernst Lothar. Paul Holsnay-Verlag, Wien. Aus liebevoller Beobachtung der Kinderseele hat Ernst Lothar diesen Roman geschöpft, der, obwohl seine Hauptgestalt ein Kind ist, doch nicht etwa eine Kindergeschichte ist, sondern in keinem Auschnitt ein Zeitbild genannt werden kann. Inmitten einer untrübten Ehe wüßte dieses Kind, Felicitas, heran und wie es unter den im Elternhause herrschenden Verhältnissen mit zunehmender Einsicht leidet, daß hat der Dichter hauchhaft und mit tiefem Verständnis für die Kinderseele wunderbar geschildert. Der Autor hat die Geschichte dieses Ehekonflikts in ein bürgerliches Haus verlegt, doch ist dies ohne Belang für die Auffassung, daß was sich hier ereignet, sich ebenso in jeder anderen Umwelt ähnlich wiederholt und daß daher dem Roman, welcher Rahmen ihm auch immer gegeben sei, Allgemeingültigkeit zukommt. Felicitas Mutter, Sprossin einer armen Adelsfamilie, ist von ihren Eltern verpöppelt worden.

Besuchet und beschicket die XXIV. Internationale Prager Frühjahrs-messe vom 13. bis 20. März 1932.

Allgemeine Messe — Technische Messe. — Baumesse. — Sondergruppe für sparsame Wirtschaftsführung im Haushalt. — Radiomesse. — Möbel- und Planmessen. — Pelzmessen. — Autohorte. — Spielwarenmessen. — Musikinstrumente. — Bilderausstellung. — Messe für Motocyklen und Automotoren. — Internat. Film-ausstellung. Die größten in- und ausländischen Firmen als Aussteller. — Zahlreiche Auslandsgruppen. — Messepalast mit Exportmateriallagerung ganzjährig geöffnet.

Legitimationskarten zu K 25.— bei Abrop. Fahrpreis-erstattung bei allen Auslandsvertretungen der Tschechoslowakischen Republik und beim Messeamt in Prag VII. — Valenzint. Stida 200 erhältlich.

XXV. Prager Herbstmesse vom 4. bis 11. September 1932. 1434

Am Start war auch die „Bohemia“ erschienen. Sie ist nicht mehr die jüngste und konnte die scharfe Konkurrenz nicht durchhalten. Sie schied aber nicht freiwillig aus dem Wettbewerb aus, sondern versuchte sich durch unfaire Kniffe zu halten. Der Schiedsrichter wies sie jedoch vom Plage. Im Gewande scheinbarer Objektivität wird bloß berichtet und die Tummheiten werden listig gerade dorthin angebracht, wo man sie nicht vermuten sollte.

Daß die Gonorrhöe (Tripper) für die Frau bei weitem gefährlicher ist, als für den Mann, das ist durchaus nicht, wie die „Bohemia“ glauben machen will, ein Argument gegen Godann, das erst Herr Dr. Rejel in der Debatte entdecken mußte. Denn was folgt aus dieser furchtbaren Tatsache? Daß man die Frauen und Mädchen geistig und materiell aus-rüstet, sich gegen Infektionen schützen zu können, damit nicht die Mädchen, nachdem sie sich „aus Ehr-sucht vor dem Sexus und der Persönlichkeit“, wie die „Bohemia“ mit Prof. Max Loewy annimmt, die Virginität erhalten haben, spätestens in der Ehe anstehen. Denn von den Männern verlangt die bürgerliche Moral ja diese „Ehr-sucht vor dem Sexus und der Persönlichkeit“ nicht. Darüber nach-zudenken, über den himmelschreienden, unmoralischen Widerspruch der bürgerlichen „Ehrlichkeit“, die vom Mädchen Jungfräulichkeit verlangt, dem jungen Manne es aber als allerhand anrechnet, sie ihm zu rauben, darüber nachzudenken, fällt der „Bohemia“ gar nicht ein. Da wundert sie sich, wenn sie und ihre ganze „große Gruppe, die keinem dieser zwei Lager (Katholizismus und Sozialismus) ange-hört“, nicht geköhlt werden. Ihre ganze schein-bare Objektivität, die nichts ist als eine geschickte Montierung von Zitaten, Antworten und Inhalts-angaben, ist in Wirklichkeit eine einwandfreie reaktio-näre Stellungnahme. Die Montierung ist geschickt genug, daß sie für die Konkurrenz als liberales Dumping anzusehen ist, weshalb die „Bohemia“ ja auch disqualifiziert wurde, aber noch lange nicht geköhlt genug, um nicht durchschaut werden zu können.

Studentendemonstrationen in Prag.

Die tschechischen Mediziner und Tech-niker hielten gestern Vormittag in Anwesen-heit von Vertretern des Lehrkörpers und der tschechischen politischen Parteien statt besuchte Versammlungen ab, in welchen sie die Ausge-staltung der tschechischen Hochschulen, Beschrän-kung des Studiums von Ausländern und Ab-stellung der angeblichen Bevorzugung der deut-schen Hochschulen verlangten. In beiden Ver-sammlungen versuchten faschistische Studenten die Anwesenden auf ihre Seite zu bringen und Andersdenkende zu terrorisieren. Beide Versammlungen wurden unter verhältnismäßiger Ruhe beendet, auf der Straße kam es jedoch zu An-sammlungen von Stibrom-Anhängern, welche

Geistig und seelisch kommt sie ihrem Ehegatten, einem wohlhabenden jüdischen Kaufmann niemals nahe, auch die Geburt Felicitas vermag den Gegen-satz zwischen den Eheleuten, bedingt durch die grund-verschiedene Abstammung und Erziehung, nicht zu überbrücken. Hungrig nach dem erträumten und unerfüllten Lebensglück glaubt die Frau dieses Glück in der Person eines, wie sich herausstellt, höchst zweifelhaften Kavalliers gefunden zu haben und nun, da die Auflösung der Ehe bevorsteht, beginnt, wie es so oft der Fall ist, der Kampf um das Kind. Wie nun dieses in den häßlichen Streit hineingezogen wird, wie es darunter namenlos leidet, bis es sich endlich entschließt, sich selber aus dem Wege zu räumen, das wird niemand ohne tiefe Bewegung lesen und, auch wenn er den Schluß nicht völlig glaubhaft finden sollte, doch heilfroß sein, wenn er schließlich erfährt, daß es beim Versuch geliebt ist und dieses erschreckende Ereignis dazu beiträgt, die Ehe wieder herzustellen. Das Buch dürfte geeignet sein, so manchen Ehegatten die Gefährs- und Gebankenswelt des Kindes zu erschließen.

„Ernte“, Roman von Jean Gio n o. S. Fischer -Verlag, Berlin. Der Autor wird vom Verlag als Träger eines französischen, eines amerikanischen und eines englischen Literaturpreises vorgestellt und hat man das Buch gelesen, ist man überzeugt, daß selten berechtigter einem Dichter Literaturpreise zuerkannt wurden, wie hier. Denn „Ernte“ ist ein prächtiges Buch, kraftvoll, naturnahe und prächtig in der Menschengehaltung. Ein entlegenes Bergdorf im Süden wird von seinen Bewohnern verlassen, weil der Boden sie nicht mehr zu ernähren vermag. Uebrig bleibt nur einer, Pantuch, ein Koloch, der allein in dem verfallenen Dorfe haust. Der Zufall führt ihm ein Weib in den Weg, das er raubt. Das Glück des Zusammenlebens mit dem jungen Weibe läßt seine Kräfte und es gelingt ihm, dem brachliegenden, dürrten Boden wieder reiche Ernte abzugewinnen. Das ist die ganze Fabel, sie ist höchst einfach, doch das Entscheidende ist, wie sie der Autor gestaltet. Ueberkraft der Erde und der menschlichen Triebe strahlt dieses Buch aus und doch ist es voll Sanftheit und Zartheit.

